



Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der FDP in der Region Hannover, sehr geehrte Damen und Herren,

mit der 3. Ausgabe 2019 unseres Newsletters informieren wir Sie über aktuelle politische Themen aus den Regionsversammlungen am 21.05. und am 02.07.2019 sowie über Veranstaltungen der FDP-Regionsfraktion. Bei Fragen, Anregungen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und eine schöne Sommerzeit!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Christiane Hinze, Fraktionsvorsitzende



Initiative der FDP-Fraktion: Änderungsantrag zur Tarifstrukturreform und Fahrpreisen im Großraum-Verkehr Hannover zum 01.01.2020

Die FDP-Fraktion hatte in einem gemeinsamen Änderungsantrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe „Region“ Nachbesserungen bei den Fahrpreisen im ÖPNV-Angebot des Großraumverkehrs Hannover gefordert. So sollen mit Gültigkeit zum 01.01.2020 zusätzliche Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs im GVH-Gebiet durch sinnvolle Preisgestaltung und Transparenz umgesetzt werden:

Der zum Kauf der GVH-SparCard zum Preis von 15,- € im Monat berechnete Personenkreis sollte auf alle Jugendlichen bis 23 Jahre erweitert werden - auch auf Azubis. Außerdem wurde die Einführung einer um 50% ermäßigten PartnerCard zur SeniorenCard beantragt. Für eine weitere Ausweitung des zum Kauf der GVH-SparCard berechtigten Kundenkreises auch auf Seniorinnen und Senioren setzten sich die Antragsteller mit einem Prüfauftrag ein.

Die Regionsversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.05.2019 die Forderungen für bessere Fahrpreis-Angebote für Seniorinnen und Senioren einstimmig als Prüfaufträge an die Verwaltung beschlossen. Die Forderung zur Erweiterung der GVH-SparCard auf Seniorinnen/Senioren wurde jedoch nur von einem Drittel der Regionsversammlung unterstützt.

Überblick

ÖPNV: Änderungsantrag zur Tarifstrukturreform wurde in Teilen aufgegriffen

Fraktionstagung: Auswirkungen des BREXIT auf die Wirtschaft in der Region Hannover

Aktuelle Stunde zum Thema „Europäische Herausforderung Klimaschutz“

Urteil des OVG Lüneburg: Abstandsregelungen bei Windkraftanlagen

Regionales Wohnraumversorgungskonzept

Resolution „Keine Ummantelung der Kali-Rückstandshalde in Ronnenberg“

FDP-Fraktion stellt Anfrage zur Wahlfreiheit bei KFZ-Kennzeichen

FDP-Fraktion beantragt Abschaffung der Jagdsteuer

Interview mit „Students for future“

Projekt „Lernort Bauernhof“ wird erweitert

Naherholungsprojekt Franzsee in Neustadt

Terminankündigung

04.09.: Fachtagung „Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover“, 17:30 Uhr

Impressum

FDP-Fraktion Region Hannover

Postanschrift:
Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover

Büro:
Osterstraße 60, 30169 Hannover

Telefon: 0511-616-22196
E-Mail: fdp@regionsversammlung.de

Internet:
www.fdp-fraktion-region-hannover.de

Facebook: [@fdpfraktionregionhannover](https://www.facebook.com/fdpfraktionregionhannover)
Twitter: [@FDPRegion](https://twitter.com/FDPRegion)

Fachtagung der FDP-Regionsfraktion zu Auswirkungen des BREXIT auf die Wirtschaft in der Region:



Im Podium diskutierten die Erste Regionsrätin Cora Hermenau (CDU), die Bundestagsabgeordnete Ulla Ihnen (FDP), der Leiter der Abteilung „International“ der IHK Hannover Tilman Brunner und Landwirt Arnd von Hugo, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Landvolkkreisverbandes Hannover e. V. Fazit der Diskussionsveranstaltung: Bund, Land, Kommunen, Handel und Landwirtschaft sind bestmöglich auf organisatorische Herausforderungen auch im Falle eines harten BREXITS vorbereitet.

Die Erste Regionsrätin Cora Hermenau informierte über die Förderkulisse in der neuen Förderperiode der EU im Zeitraum von 2021-2027: Diese umfasst Investitionsförderungen für Innovationen und Digitalisierung, darunter für die Vernetzung von strategischen Verkehrs- und Digitalnetzen. Außerdem auf der Agenda ist die Schaffung intelligenter digitaler Energienetze. Ziel ist die Garantie der Versorgungssicherheit im Binnenmarkt. Ebenso gefördert werden der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Bereiche mit hoher sozioökonomischer Bedeutung wie Schulen, Krankenhäuser und Verkehrsknotenpunkte. Hauptanbieter öffentlicher Dienste und „von der Digitalisierung geprägte“ Unternehmen sollen bis 2025 Zugang zu zukunftsorientierten Breitbandverbindungen erhalten. Auch im Fokus stehen Förderungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Inklusion sowie Stadtentwicklung.



Die FDP-Bundestagsabgeordnete Ulla Ihnen, Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, berichtete über Pläne, Maßnahmen und Gesetze des Bundes zur Abmilderung des BREXIT, der für den Bundeshaushalt eine prognostizierte Finanzierungslücke in Höhe von rd. 800 Mio. € erwarten lässt. Unter Hinweis darauf, dass in jedem Bundesministerium Notfallpläne erarbeitet worden seien, ging Ulla Ihnen insbesondere auf das BREXIT-Steuerbegleitgesetz ein. Dies enthält Regelungen aus den Bereichen Steuern, Finanzmarkt und Arbeitsmarkt. Für den Fall eines Austritts Großbritanniens ohne Abkommen werden nachteilige Auswirkungen auf deutsche Geschäftspartner britischer Finanzunternehmen abgedeckt.

Der Leiter der Abteilung „International“ bei der IHK Hannover Tilman Brunner betonte in seinem Beitrag, dass die Mitgliedsunternehmen der IHK Hannover bestmöglich auch auf einen harten BREXIT vorbereitet seien. Durch den zusätzlichen Zoll-Aufwand sei mit einem Mehraufwand insbesondere für Personal in Höhe von geschätzt rd. 250 Mio. € zu planen, denn ausgelöst durch einen BREXIT sei mit einer Anzahl von zusätzlichen 15 Millionen Zoll-Genehmigungen zu rechnen. Um einen Stau auf dem hoch-frequentierten Lieferweg mit LKW in Richtung Dover zu vermeiden, seien Vorbereitungen zur Verteilung der Warenbewegungen auf mehrere kleinere Häfen erfolgt. Auch Im Falle des BREXIT rechnet Brunner fest damit, dass Großbritannien ein wichtiger Handelspartner der EU bleibt.

Arnd von Hugo, Vorstandsmitglied beim Landvolk-kreisverband Hannover e. V., informierte darüber, dass man sich in Deutschland insgesamt keine Sorgen in Hinsicht auf eine angemessene Versorgung mit Lebensmitteln machen müsse. Großbritannien habe aufgrund seiner vergleichsweise geringen Selbstversorgungsquote mit großer Sicherheit weiterhin ein hohes Interesse am Handelspartner EU. In Deutschland sei die Selbstversorgungsquote deutlich höher angesiedelt. Er betonte in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der verstärkten Kooperation mit der Region Hannover und stellte als gelungenes Beispiel hierfür die erfolgreiche Zusammenarbeit bei einem Projekt zur Stärkung der Biodiversität in der Region Hannover heraus. Im Vergleich zum Vorjahr habe die Landwirtschaft den Etat hierfür in 2019 auf rd. 300.000 € verdoppelt auf einer Gesamtfläche im Wert von insgesamt rd. 3 Mio. €.

Aktuelle Stunde in der Regionsversammlung am 21.05.2019: „Europäische Herausforderung Klimaschutz - Wie können wir in der Region unsere Verantwortung für den Klimaschutz wahrnehmen?“



Daniel Farnung fordert Klimaschutz mit Augenmaß.

Daniel Farnung, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Regionsfraktion, führte in seinem Redebeitrag aus, dass auf europäischer Ebene schnellstmöglich der Einstieg in ein effektives, internationales System zur weltweiten Reduzierung der CO2-Emissionen vorbereitet werden müsse. Um die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, ist eine

europäische Klimaschutzpolitik aus einem Guss und mit abgestimmten Zielen erforderlich. Die Freien Demokraten setzen dabei auf Technologieoffenheit - und nicht auf Verbote.

Es soll ein Wettbewerb um die besten und innovativsten Lösungen stattfinden. Den CO2-Emissionen muss ein wirksamer Preis gegeben werden. Positiver Effekt: Investitionen in die Vermeidung von CO2-Emissionen führen zu unmittelbaren wirtschaftlichen Erfolgen! **In einem solchen Preis für Emissionen müssten alle Sektoren eingebunden sein – vom Strom über Wärme bis zu Mobilität und Transport.** Der CO2-Preis entwickelt sich durch einen weltweit vereinbarten Emissionshandel (ETS). Steuergröße soll die zu reduzierende Menge der Zertifikate sein, die international völkerrechtlich verbindlich zu vereinbaren ist. Im Energiesektor funktioniert das Europäische Emissionshandels-System (EU ETS) bereits gut. Eine weitere wichtige Maßnahme wäre, wenn dieses Schritt für Schritt auf die Sektoren Verkehr und Gebäude sowie auf Forst- und Landwirtschaft

erweitert würde. Die Freien Demokraten fordern gleichzeitig eine Abschaffung der Stromsteuer in Deutschland. Soziale Härten werden hierdurch vermieden. Dieser Schritt ist gut begründet, da die Stromsteuer nicht die erwünschte und erforderliche Lenkungswirkung entfaltet.

Farnung betonte, dass die Freien Demokraten Klimaziele mit Vernunft und Augenmaß umsetzen wollen. Regional isoliert gesetzte Ziele zur Minderung des CO2-Ausstoßes - wie der CO2-Bilanz der Region Hannover eindeutig zu entnehmen ist - sind weniger effizient. An der falschen Stelle eingesetzte Subventionen und staatliche Verbote und Vorschriften könnten im schlimmsten Fall das Erreichen der gesteckten Klimaschutzziele sogar konterkarieren. Im Rahmen der Beratungen über Fördermittel-Vergaben müsse regelmäßig der zielgerichtete Mitteleinsatz in Bezug auf den Verbreitungsgrad und die Wirksamkeit geprüft werden. Hier herrsche in der Regionsversammlung leider nicht immer Einigkeit.

Farnung forderte, die kürzlich vom Niedersächsischen Umweltministerium vorgelegte Klimawirkungsstudie für die spezifische Situation in der Region Hannover auszuwerten und klare Rahmenbedingungen festzulegen. Auf dieser Basis könnten passgenaue Lösungen erarbeitet werden, die die Region Hannover bei ihren regionalen Klimaschutzaktivitäten unterstützen. Leider fehlte auf Bundes- und Landesebene noch ein Klimaschutzgesetz. **Farnungs Fazit: Wirksamer Klimaschutz in der Region Hannover kann nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen in Land, Bund und auf europäischer Ebene stimmen!**

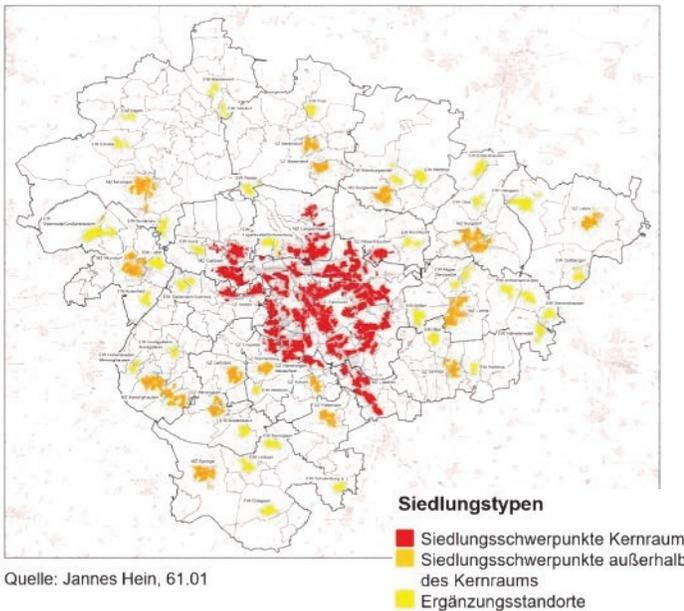
Link zur Rede: <https://www.fdp-fraktion-region-hannover.de/presse/pressemitteilungen-reden/rede-farnung-klima/>

OVG Lüneburg zu Raumordnungsprogramm (RROP) 2016 der Region Hannover - Thema „Windkraft“:

Im (RROP) 2016 waren für alle Regionskommunen Vorranggebiete für Windenergie erarbeitet. Diese sind gemäß des Urteils des OVG hinfällig. Das Gericht führte als Grund die Vorgaben über die Abstände von Windenergieanlagen zu Siedlungs- und Gewerbegebieten an. Trotz gemischter Nutzung in Gewerbegebieten (Betriebswohnungen etc.) müsse die Region hier trennschärfer bestimmen. Der Schutz für Gewerbegebiete dürfe nicht größer sein als für Splittersiedlungen im Außenbereich, für die das RROP 2016 nur 600 m Abstand vorsah. Im Niedersächsischen Windenergieerlass sind zwar als Mindestabstand nur 400 m festgelegt, das Gericht erachtete es aber als unzulässig, dass beim gewählten Vorsorgeabstand von 800 m im RROP 2016 keine Differenzierung in weiche und harte Tabuzonen erfolgte. Für Letztere sind Flächen für Windenergieanlagen rechtlich ausgeschlossen. Vier Kommunen (Pattensen, Barsinghausen, Wennigsen, Springe) hatten geklagt, weil sie selbst über Flächennutzungspläne festlegen wollten, wo Windräder stehen können. Die Region hat das Urteil des OVG akzeptiert und angekündigt, zur Überarbeitung und Neufestlegung von Vorranggebieten zur Windenergienutzung die Einleitung eines Änderungsverfahrens zum RROP 2016 vorzubereiten. Die Region hat darüber informiert, dass sie sich nach Rechtskraft des Urteils eng mit den Regionskommunen zur Konzentrationsplanung für Windenergie über deren Flächennutzungspläne abstimmen wird.

Regionales Wohnraumversorgungskonzept:

Die Regionsverwaltung hat im Rahmen ihrer WohnBauInitiative Region Hannover (WoBI) das Regionale Wohnraumversorgungskonzept vorgestellt. Es dient als konzeptionelle Planungs- und Steuerungsgrundlage der regionsangehörigen Städte und Gemeinden und der Region für die zukünftige Wohnungsmarktentwicklung sowie Sicherung der Wohnraumversorgung im gesamten Regionsgebiet.



Es schafft die Voraussetzung für die Realisierung geförderten Wohnungsneubaus in denjenigen regionsangehörigen Städten und Gemeinden, welche über kein kommunales Wohnraumversorgungskonzept verfügen - das sind bisher 15 von 21 Kommunen.

Das Regionale Wohnraumversorgungskonzept besteht aus folgenden Bausteinen:

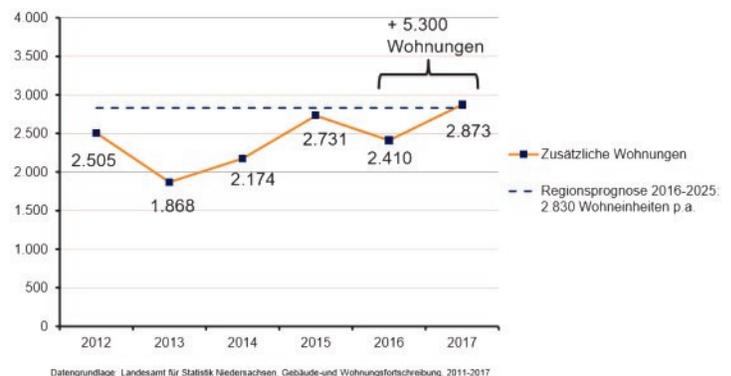
- Analyse, gesamtregionale Wohnungsbedarfsprognose (Region Hannover), Ermittlung kommunaler Wohnungsbedarfe:** quantitative und qualitative Nachfrage- und Angebotsentwicklung in den Teilmärkten des Wohnungsmarktes, zukünftige gesamtregionale Bedarfsentwicklung; anteilige Umsetzung der gesamtregionalen Wohnungsbedarfe durch die regionsangehörigen Kommunen (Verteilungsmodell)

- Leitbilder, Ziele:** gesamtregionale Leitlinien, Strategien und Ziele zur Steuerung der regionalen und kommunalen Wohnungsmarktentwicklung und Wohnraumversorgung
- Umsetzung:** Handlungsfelder/-bedarfe, Maßnahmen und Instrumente für die regionale und kommunale Umsetzung der formulierten Ziele und Leitlinien
- 21 Kommunale Steckbriefe:** Aufbereitung wohnungsmarktrelevanter Kennzahlen sowie kommunaler Wohnungsbedarfe (insgesamt und geförderter Wohnraum) und Handlungsschwerpunkte

Stadtregionales Konzept mit Modellcharakter:

Bundesweit ist dieses Konzept einmalig, weil es kommunale Stadtentwicklungs- und Wohnungsmarktstrategien sowie Versorgungsplanungen aller 21 Regionalkommunen zusammenführt. Das integrierte Fachkonzept berücksichtigt je die kommunalen Rahmenbedingungen. 21 Einzelprognosen sind Grundlage einer gesamtregionalen Prognose für die Zielerreichung des Schaffens von 28.300 zusätzlichen Wohnungen im Zeitraum 2016 bis 2025.

Zusätzliche Wohnungen in der Region Hannover 2012-2017



Das Regionale Wohnraumversorgungskonzept sowie die kommunalen Steckbriefe finden Sie hier:

<http://regions-sitzungsinformations.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1006312#searchword>

Interfraktionelle Resolution „Keine Ummantelung der Kali-Rückstandshalde in Ronnenberg“:

Die Regionsversammlung lehnt eine Ummantelung der Kalirückstandshalde Ronnenberg unter Nutzung als Bauschuttdeponie mit anschließender Erdaufschüttung und Begrünung ab.



Die Kali-Rückstandshalde in Ronnenberg-Empelde wurde lediglich um einen Anteil von zwei Dritteln abgetragen. Anwohnerinnen und Anwohner im unmittelbaren Umfeld haben sich darauf verlassen, dass gemäß der Planunterlagen Ronnenbergs ein vollständiger Rückbau erfolgt.

Die Regionsversammlung machte sich in ihrer Sitzung am 02.07.19 die Sorgen der Bürgerinitiative Ronnenberg „Bauschuttdeponie – Nein Danke“ (BI) zu eigen und schloss sich deren Forderungen sowie der - einstimmig beschlossenen - Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018 an.

Mit einer interfraktionellen Resolution „Keine Ummantelung der Kali-Rückstandshalde in Ronnenberg“ der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP wird die Regionsverwaltung aufgefordert, der Beschlussfassung der Regionsversammlung Rechnung zu tragen. Mit der Resolution beantragten die beteiligten Fraktionen, dass die Regionsverwaltung ihre Forderungen bei der Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen eines berechneten Genehmigungs- bzw. Planfeststellungsverfahrens berücksichtigt.

Darüber hinaus wird die Regionsverwaltung aufgefordert, in den politischen Gremien der Region Hannover über aktuelle Entwicklungen in dieser Angelegenheit zu berichten.

Anfrage der FDP-Fraktion zur Wiedereinführung alter KFZ-Kennzeichen in der Region Hannover:

Im Zuge der Neugliederung der Landkreise im Rahmen der Gebietsreform 1974 sind die alten Kennzeichen BU, NRÜ und SPR abgeschafft worden.



Klaus Nagel setzt sich für die Wahlfreiheit bei den KFZ-Kennzeichen ein.

Andere Landkreise in Niedersachsen bieten inzwischen die Rückkehr zu ihren alten Autokennzeichen auf freiwilliger Basis an. Zum Beispiel im Landkreis Nörten-Hardenberg sind neben dem Kennzeichen NOM auch EIN (Altkreis Einbeck) und GAN (Altkreis Gandersheim) möglich. Den Städten und Gemeinden wird vom jeweiligen Landkreis dabei ausdrücklich nicht die Negierung des Landkreisgedankens unterstellt.

Die FDP-Regionsfraktion will in einer Anfrage wissen, welche Erfahrungen in diesen Landkreisen mit der Wiedereinführung gemacht wurden. Außerdem hat die FDP-Fraktion der Regionsverwaltung die Frage nach den sachlichen Gründen, die gegen eine Wiedereinführung sprechen, gestellt. **Die FDP-Fraktion möchte zur besseren Einschätzung des Sachverhaltes klären lassen, ob die Einführung der Wahlfreiheit bei den KFZ-Kennzeichen einen deutlichen bürokratischen Mehraufwand zur Folge haben würde und inwieweit Mehrkosten anfallen.**





Die FDP-Fraktion Region Hannover hat einen auf dem FDP-Regionsparteitag beschlossenen Antrag zur Abschaffung der Jagdsteuer aufgegriffen und für die Haushaltsberatungen 2020 der Region Hannover eingereicht. Die Region Hannover erhebt gemäß § 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 auf der Basis der Jagdsteuersatzung der Region Hannover mit Gültigkeit seit dem 01.10.2002 eine Steuer auf die Ausübung des Jagdrechts. Gemäß §b 17 der Jagdsteuersatzung der Region Hannover wird diese Steuer jährlich erhoben und beträgt 20 v. H. des Jagdwertes.

Jägerinnen und Jäger leisten in ihrer Freizeit aktiven Naturschutz und sind in unserer Gesellschaft eine wichtige Institution zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Tierwelt und somit für die Bewahrung eines artenreichen Tierbestandes. Die Jagdsteuer ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert, das ursprünglich als eine Ertragssteuer auf Wildbret erhoben wurde. Heute ist sie eine reine Belastung, die völlig unberücksichtigt lässt, dass Erträge aus der Jagd seit Langem nicht mehr zu erzielen sind. Selbst wenn Erträge zu erzielen wären, wären diese im Rahmen der vorhandenen Gesetze zur Einkommenssteuer berücksichtigt (§ 13 EStG). Dabei wird der wichtige Aspekt nicht beachtet, dass es sich bei der Jägerschaft um Personen handelt, die mit ihrem Hobby einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz in unseren Wäldern und zum Erhalt der biologischen Vielfalt leis-

ten. Realität ist vielmehr, dass Jagdpächterinnen und -pächter teilweise Defizite bis zu mehreren Tausend Euro pro Jahr zu tragen haben, wobei die persönlichen Aufwendungen und Leistungen gar nicht berücksichtigt werden. Die Jagdsteuer ist in höchstem Maße ungerecht und nicht mehr zeitgemäß. Diese Bewertung haben in den vergangenen Monaten viele Kreise im gesamten Bundesgebiet vorgenommen und die Steuer abgeschafft. In vielen weiteren Kreisen steht die Entscheidung zur Nichterhebung der Jagdsteuer bevor. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die Pächter der 360 Jagdbezirke und die dort tätigen Jägerinnen und Jäger in der Region Hannover entlastet werden und dass auf die Erhebung dieser ungerechten Steuer zukünftig verzichtet wird.

Diese Argumente sprechen gegen die Jagdsteuer:

1. Jägerinnen und Jäger sind anerkannte Naturschützer, die nicht zuletzt auf eigene Kosten eine Ausbildung und eine Prüfung über das erlernte Fachwissen abgelegt haben.
2. Jägerinnen und Jäger beseitigen freiwillig Unfallwild - unabhängig von Wetter, Uhrzeit oder Wochentag.
3. Die Jägerschaft trägt zur Vorbeugung und Bekämpfung von Tierseuchen und Krankheiten bei.
4. Die Jagd dient der Vermeidung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft. Der intensive Mais- und Getreideanbau in der Region Hannover bei gleichzeitig hohen Schwarzwildbeständen zwingt die Jäger zu einer zeitintensiven ganzjährigen Bejagung, gleichzeitig aber auch zu kostenintensiven und zeitaufwendigen Schutzmaßnahmen vor der Erntezeit.
5. Jägerinnen und Jäger engagieren sich gegen Natur entfremdung: Schon jahrelang engagieren sie sich in der Jugendarbeit mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche frühzeitig an die Natur heranzuführen.
6. Die Jagd ist eine wichtige Grundlage für die Erhaltung der Artenvielfalt in der Natur.
7. Im Gegensatz zu anderen Naturschützern, die z. Bsp. für ihre Biotopmaßnahmen öffentliche Zuschüsse erhalten, wenden Jäger dafür eigene Mittel auf und werden dafür noch steuerlich belastet.
8. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist verfassungsrechtlich verankertes Staatsziel.

Den Antrag der FDP-Fraktion zum Haushaltsplan 2020 finden Sie hier:

<https://www.fdp-fraktion-region-hannover.de/aktuell/anträge/>

Daniel Farnung im Interview mit "Students-for-Future" der Leibniz Universität zur Fragestellung "Inwiefern beeinflusst die "Fridays-for-Future"-Bewegung die politische Agenda der Kommunalpolitik?"



Daniel Farnung berichtet über das Klimafolgenanpassungskonzept der Region Hannover.

In einem Interview anlässlich eines studentischen Projektes der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Leibniz Universität Hannover begrüßte Daniel Farnung ausdrücklich das Engagement der „Fridays-for-Future“-Bewegung.

Im Gespräch zeigte Farnung Verständnis für die streikenden Kinder und Jugendlichen. Diese Veränderung

von unten führe u. a. dazu, dass Kinder mit ihren Eltern diskutieren und dass Politik, Medien und Schulen die Anliegen der Kinder und Jugendlichen aufgreifen und das Thema Klimawandel ernsthaft in den Fokus nehmen. Farnung betonte aber auch, dass durch die Streiks keine Bildungsdefizite entstehen dürften und der verpasste Stoff adäquat nachgeholt werden müsse.

Zur Frage, inwiefern die „Fridays-for-Future“-Bewegung die politische Agenda der Kommunalpolitik in der Region Hannover beeinflusst, stimmte Daniel Farnung zu, dass diese mittlerweile eine erhebliche Bedeutung für Entscheidungen in den Ausschüssen der Region habe.

So werde zurzeit u. a. die Ausrufung des sogenannten Klimanotstandes diskutiert. Farnung lehnt dies klar ab. Zwar handele es sich durchaus um eine ernste Krise, der Begriff Notstand suggeriere jedoch die Legitimität des Umgehens geltender Gesetze. In der Regel

hätten solche Beschlüsse die Folge, dass die öffentliche Gewalt auf ihre Bindung an Gesetz und Recht insoweit verzichten könne, wie sie es zur Bekämpfung des Notstandes für erforderlich hielte. Für die FDP als Rechtsstaatspartei ist dies inakzeptabel.

Die Region Hannover setzt sich auf Basis ihrer eigenen CO₂-Bilanz aktiv mit Klimaschutzmaßnahmen auseinander: Bereits 2012 wurde der „Masterplan 100% für den Klimaschutz“ aufgelegt. Hiermit wurde beschlossen, dass bis 2050 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 95% reduziert und der Endenergiebedarf um 50% gesenkt wird. Über die „Leuchtturmrichtlinie“ werden seit 2013 innovative regionalbedeutsame Klimaschutzvorhaben mit bis zu 100.000 € je Projekt gefördert.

Mit der Information über die vielfältigen Aktivitäten und Förderungen der Region Hannover im Bereich Klimaschutz machte Daniel Farnung deutlich, dass mit breiter politischer Unterstützung aus der Regionsversammlung viele Klimaschutzmaßnahmen bereits vor vielen Jahren initiiert wurden. Weiteres Potenzial sieht die FDP-Fraktion in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Wärmedämmung.



Kein Klimanotstand!

Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Daniel Farnung stellt sich den protestierenden Studenten der Bewegung „Students-for-Future“ vor dem Regionshaus. Bei der anschließenden kontroversen Debatte im Umweltausschuss der Region machte Farnung zu Fragen zum Klimaschutz deutlich, dass die Region in Sachen Klimaschutz handlungsfähig ist.

Bildungsangebot „Lernort Bauernhof“ wird auf Initiative der FDP-Fraktion erweitert:

Am 28.05.2019 wurde das neue umweltpädagogische Projekt der Region Hannover "Lernort Bauernhof" auf dem Hof Backhaus in Plumhof/Wedemark vorgestellt. Kooperationspartner sind das Landvolk Hannover e.V., die Kreislandfrauen und das Netzwerk „Forscher-Kids Region Hannover“.

Zum Haushalt 2019 hatte die FDP-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen ergänzenden Antrag eingebracht, um dieses Projekt auskömmlicher mit finanziellen Mittel auszustatten.



"Auf einem Bauernhof können Schülerinnen und Schüler mit allen Sinnen lernen: Es kann gerochen, gehört, gefühlt und ausprobiert werden", erläuterte Sonja Papenfuß, Leiterin des Fachbereichs Umwelt der Region Hannover. Mit dem Projekt "Lernort Bauernhof – Kinder entdecken Landwirtschaft" will die Region Hannover das Umweltbewusstsein von Kindern fördern. Im Rahmen einer dreitägigen Unterrichtseinheit können Grundschul Kinder unter pädagogischer Begleitung praktische Erfahrungen rund um die Landwirtschaft sammeln. Bei einem Besuch auf einem Bauernhof gibt es u. a. das Angebot des gemeinsamen Kochens mit Landfrauen, einer "Bauernhof-Olympiade" und einer pädagogischen Betreuung während des Programms.

In der Region Hannover soll Kindern nach Möglichkeit drei Mal in ihrer Bildungslaufbahn (in Kindergarten, Grundschule und fünfter Klasse) ein unmittelbarer Kontakt mit der Landwirtschaft ermöglicht werden. In diesem Jahr werden noch vier weitere Bauernhöfe zu außerschulischen Lernorten, insgesamt sind zwölf dreitägige Einheiten geplant.

FDP-Fraktion setzt sich für Sicherung des Naherholungsprojekts "Franzsee" in Neustadt ein:



Das Franzseebad vor der Sanierung des Badestegs.

Durch großes ehrenamtliches Engagement, unter Mithilfe der Bevölkerung und durch Spenden ortsansässiger Firmen und von Privatleuten, ist es gelungen, den Franzsee in Neustadt am Rübenberge angemessen pflegen zu können. So konnte über viele Jahre ein reizvolles und schön gelegenes Naturkleinod als Projekt im Rahmen der Naherholung in der Region Hannover im Bereich des Ortsteils Mandelsloh/Amedorf erhalten werden.

Der Franzsee ist ein durch Lehm- bzw. Tonabbau entstandener See mit moorigem Charakter und mit Schilf- und Seerosenbewuchs, der zahlreichen Pflanzen und Tieren als Lebensraum dient. Er wurde im Rahmen des regionsweiten Projektes „Gartenregion Hannover“ bei der Erstauflage des Vorhabens in 2007 mit Mitteln der Region in Höhe von rd. 9.000 € und im Jubiläumsjahr der „Gartenregion“ 2017 nochmals mit 4.200 € als wichtiges Projekt im Rahmen der Förderung der Regionalen Naherholung unterstützt.

Mit der sog. Franzseebad-Initiative hatte sich bereits im Jahr 2002 ein Unterstützer- und Förderkreis zum Erhalt des Franzsees gegründet. Auf Anfrage der FDP-Fraktion wurde mitgeteilt, dass einem Antrag auf Erhöhung des Wasserpegels durch die zusätzliche Einleitung von Grundwasser stattgegeben wurde.



Niedriger Wasserstand am Franzsee, bevor zusätzliches Grundwasser eingeleitet werden durfte.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit!